

# Post aus Berlin

Rundbrief der  
AfD Landesgruppe Bayern  
im Deutschen Bundestag



[www.afdbayern.de](http://www.afdbayern.de)

**AfD**

A large, thick red arrow that curves upwards and to the right, positioned below the "AfD" text.



## Peter Boehringer, MdB

Wahlkreis 232: Amberg

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

- Haushaltspolitischer Sprecher der AfD Fraktion
- Obmann und ordentliches Mitglied im Haushaltsausschuss
- Obmann im Unterausschuss zu Fragen der EU
- Stellv. Mitglied im Ausschuss für Angelegenheiten der EU
- Mitglied im Vorstand des Kuratoriums der KENFO-Stiftung

 pboehringer

 PeterBoehringer

 peter.boehringer@bundestag.de

 pboehringer

 www.pboehringer.de

 Peter.BoehringerCom

 pboehringer\_mdb

 pboehringer

## Ein Hauch von Weimar

Wir erleben historische Wochen. Die Rechtsbrüche und Fehlentscheidungen von Jahren kulminieren in einer Haushaltskrise, hinter der sich eine tiefgehende Regierungs- und Vernunftkrise verbirgt.

**Die Regierung kann nicht rückwirkend für 2023 die Fortdauer einer „unkontrollierbaren Notsituation“ behaupten, nachdem sie selbst diese 2022 für beendet erklärt hatte. Der Krieg von Februar 2022 und sogar die Ahrtaflut von 2021 sollen die Schuldigen an der Not 2023 sein.**

**All das entdeckt die Bundesregierung direkt nach dem Urteil 2023 ganz plötzlich?!**

**Weder 2023 noch 2024 besteht eine Notsituation im Sinne des Artikels 115 Grundgesetz! Man heilt keinen Verfassungsbruch durch einen weiteren.**

Das "Sondervermögen" (korrekt Schulden) über viele Milliarden Euro sollte die Spardose sein zur Umsetzung der rotgrüngelben Gesellschaftsveränderung. Die CO2-hysterischen Energievorgaben, die Masseneinwanderung, die woke Gesellschafts-Transformation, die Industrie-feindlichkeit, die milliarden-teuren Corona-Lockdowns, und die Waffengeschenke ins Ausland wären ohne diese Gelder nicht denkbar. Leider hat das Verfassungsgericht erst

jetzt die finanzielle Geschäftsgrundlage entzogen: Dutzende Milliarden zu spät.

**Es weht ein Hauch von Weimar: Dort wurde ab 1930 notregiert – meist gestützt auf Notverordnungen. Seit 2020 werden von GroKo und Ampel nun durchgängig „Notsituationen“ erklärt! Die Schuldenbremse wird so geschreddert – das Grundgesetz anhaltend umgangen!**

**Die Ampel steht vor dem politischen, moralischen und finanziellen Bankrott!**

Verfassungskonform kann das Land nur noch mit einem grundlegenden Kurswechsel regiert werden.

Die selbsternannte demokratische Mitte hat mit mindestens drei Haushalten an der Verfassung vorbeiregiert! Die AfD ist bereit, den Schutt wegzuräumen. Aber erst dann, wenn Altparteien Fehlentscheidungen einräumen und den Weg für einen Neuanfang freimachen: **für eine endlich wieder rational-national geführte Regierung! Zunächst braucht es den Abgang der Regierung als läuternde Katharsis, die ja in der klassischen Tragödie Voraussetzung zur Heilung ist.**

Diese Rede im Bundestag:

<https://www.youtube.com/watch?v=P0TZTrYPMNE>

## Diese Regierung befördert die deutsche Landwirtschaft in den Untergang

Die Ampelregierung ist eine Katastrophe für Deutschland und das neueste Gerichtsurteil des Bundesverfassungsgerichts ist ein weiterer Beweis dafür. Der zweite Nachtragshaushalt 2021 wurde vom Gericht im November für verfassungswidrig und nichtig erklärt. Plötzlich klafft im Nachtragshaushalt ein 60 Milliarden Euro Loch, das es für die Regierung zu stopfen gilt.

die Bundesregierung damit erneut die Lebensmittel.

Um Bauern zu entlasten und bezahlbare Lebensmittelpreise sicherzustellen, haben wir bereits vor einem Jahr gefordert, die Agrardieselrückerstattung zu verdoppeln. <https://dserver.bundestag.de/btd/20/036/2003699.pdf>

Wir erneuern diese richtige Forderung hiermit!

Wer muss für diese Verfehlung wieder geradestehen? Der arbeitende Bürger! Und auch die Landwirte trifft es im nächsten Jahr jetzt dreifach hart. Mit der Agrardieselbeihilfe bekommen sie aktuell eine Beihilfe von 21,48 Cent auf jeden Liter Agrardiesel. Jährliche Kosten für den Haushalt sind hierdurch 440 Millionen Euro. Deshalb ist diese Beihilfe jetzt auf der Streichliste. Hinzu kommt, dass die Befreiung der Kfz-Steuer für die Landwirtschaft gestrichen werden soll und auch die Erhöhung des CO<sub>2</sub>-Preises trifft die energieintensiven Landwirtschaftsbetriebe besonders hart. Wie soll unsere Landwirtschaft so wettbewerbsfähig gegenüber anderen Ländern sein, die vergleichbare Subventionierungen anbieten?

Die Streichung der Agrardieselvergütung verursacht eine weitere Kostenexplosion in der deutschen Landwirtschaft und ist existenzbedrohend für zehntausende Bauernfamilien. In jedem Fall verteuert

## Stephan Protschka, MdB

Wahlkreis 230: Rottal-Inn

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

- Obmann im Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft
- Stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen und Kommunen

 /StephanProtschkaMdB

 /Protschka

 stephan.protschka@bundestag.de

 @stephan.protschka.mdb

 /protschka.stephan

 @AfDProtschka

 www.stephan-protschka.de

 @protschkasposition

## Ampel-Haushalt: Bürger blechen, Ukraine und Bürgergeld-Empfänger bleiben verschont!

Den ersten Haushaltsentwurf für 2024 hat das Urteil aus Karlsruhe gekippt: Die Ampel-Finanzierungstricks sind Vergangenheit! Seit Wochen streitet nun die Regierung – auch Nachtsitzungen brachten kein stabiles Ergebnis.

Jetzt werden also Tanken und Heizen durch die noch schnellere Erhöhung der CO<sub>2</sub>-Abgabe deutlich teurer. Alle Güter, die ihren Weg von der Produktion in die Verkaufsregale finden müssen, trifft das natürlich ebenfalls. Es gibt eine neue Abgabe für Plastikverpackungen, die den Alltag ebenfalls verteuert. Die Landwirte werden geschröpft und gehen auf die Straße – auch deren Mehrbelastungen zahlen am Ende die Bürger über die Lebensmittelpreise.

Hingegen müssen sich die milliarden-schwer unterstützte Ukraine sowie die Kostgänger des deutschen Sozialsystems keine Sorgen machen: Bei den politisch-ideologischen Lieblingen der Ampelfraktionen fließt das Geld weiter! Mit einer bemerkenswerten Ausnahme: Der abrupte Ausstieg aus der Förderung von Elektro-Autos – und durch seine Umsetzung zerstört dieser den letzten Rest von Bürgervertrauen in den Staat.

Einen politischen Kompass hat diese Regierung schon lange nicht mehr. Die Last ihrer ideologiegetriebenen Politik wälzt sie ungeniert auf die Schultern der Bürger ab. Besonders verheerend ist, dass es wieder jene besonders hart trifft, die das Land am Laufen halten. Stur hält die Ampel an ihrer ruinösen und unbezahlbaren Transformationspolitik fest. Höhere CO<sub>2</sub>-Abgaben, der Abbau angeblich „klimaschädlicher Subventionen“ (Stichwort Agrardiesel) und obendrein die Plastikabgabe sind nichts anderes als versteckte Steuererhöhungen, um das Geld der Bürger zur grünen Lobby-Klientel zu transferieren. Dass diese Verteuerungen unter dem Begriff „Abgabe“ statt „Steuer“ laufen, hat mit einer Lindner-Lebenslüge zu tun, nämlich: angeblich „Keine Steuererhöhungen“.

Der Haushalt 2024 wird wohl Ende Januar fertig. Viel für die unsinnige „Energiewende“ wird er enthalten, von einer Migrationswende sieht man nichts. Ginge es nach der AfD, wären die Prioritäten genau anders herum!

**Wolfgang Wiehle, MdB**

Wolfgang Wiehle, AfD

Wahlkreis 219 München-Süd  
Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

Ordentliches Mitglied

- Haushaltsausschuss
- Verkehrsausschuss

Stellvertretendes Mitglied

- Ausschuss für Digitales
- Petitionsausschuss

✉ [wolfgang.wiehle@bundestag.de](mailto:wolfgang.wiehle@bundestag.de)

f /w.wiehle

www [www.wolfgang-wiehle.de](http://www.wolfgang-wiehle.de)



## Rainer Kraft, MdB Landesgruppenchef

Wahlkreis 253: Augsburg-Land

### Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

Obmann im Parlamentarischen Beirat für nachhaltige Entwicklung

Ordentliches Mitglied

- Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit
- Parlamentarischer Beirat für nachhaltige Entwicklung
- Ausschuss für Klimaschutz und Energie

Stellvertretendes Mitglied im Verkehrsausschuss



@Dr\_Rainer\_Kraft



www.rainer-kraft-mdb.de



/RainerKraftAfD



/dr.rainer.kraft

## Die Geschichte des Atomausstiegs

Nachdem die Union die Kernenergie als konservative Grundsatzprogrammstaffage (wieder)entdeckt hat ist es nötig sich einmal mit der Historie des Ausstiegs zu befassen. Zwei falsche Behauptungen werden dabei gerne angeführt. Zum einen, die Union hätte den Ausstieg beschlossen und zum anderen, die Union und die FDP wären für den Wiedereinstieg. Beide Ansichten sind falsch. Der Reihe nach. In 2001 hat die Rot-Grüne Schröder-Fischer Regierung einen Gesetzesentwurf über die Beendigung der gewerblichen Nutzung der Atomenergie eingebracht, der in 2002 vom Bundestag mit den Stimmen von Rot-Grün gegen die Stimmen der Union, der FDP und, man glaubt es kaum, der PDS beschlossen worden ist. Siehe dazu Drucksache 14/7261. 8 Jahre später, Angela Merkel war bereits 5 Jahre an der Macht, bringt die schwarz-gelbe Regierung einen Gesetzesentwurf, nicht über den Wiedereinstieg, sondern lediglich über eine Laufzeitverlängerung der noch vorhandenen Kernkraftwerke ein. Dieser wird in namentlicher Abstimmung von den meisten Mitgliedern von Union und FDP gegen die Stimmen von SPD, GRÜNE und LINKE angenommen, Siehe dazu auch Drucksache 17/3051. Nur wenige Monate später und unter den vollkommen falschen Schlussfolgerungen aus dem Tohoku-Erdbeben stimmt

die gleiche Schwarz-Gelbe Koalition, zusammen mit SPD und GRÜNEN dem beschleunigten Ausstieg aus der Kernkraft zu. Siehe Drucksache 17/6361. Bemerkenswerterweise waren Die LINKE dagegen, aber nur aus dem Grund, dass der Ausstieg ihnen zu langsam vorstatten ging. Fazit. Weder ist die Aussage richtig, dass die Union den Ausstieg aus der Kernenergie beschlossen hat (das war Rot-Grün), noch dass sie mit der FDP einen Versuch unternommen habe diese zu retten (der Beschluss von 2010 war lediglich eine Laufzeitverlängerung, der Ausstieg an sich wurde NIE angefasst).

Unter diesem Aspekt ist es auch wichtig sich die letzten Äußerungen der Union und speziell von Markus Söder vor Augen zu führen. In 2011 hatte Markus Söder mit Rücktritt gedroht, wenn die CSU sich nicht für den beschleunigten Ausstieg einsetzt. Heute will er uns erzählen, dass Kernenergie ein wichtiger Bestandteil der Energieversorgung ist. Ja, Herr Söder, dass ist sie, dass war sie aber auch in 2011! Markus Söder läuft wieder einmal nur der gerade aktuellen Meinung hinterher. Volkswirtschaftliche Grundbedürfnisse für preiswerten Strom für Industrie, Gewerbe und private Nutzer spielen für ihn keine Rolle. Einen fundamentalen, dauerhaften Richtungswechsel in der Energiepolitik gibt es daher nur mit der AfD!



## Gerold Otten, MdB

Wahlkreis 221: München Land

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

Ordentliches Mitglied:

- Verteidigungsausschuss
- Unterausschuss Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung
- Interparlamentarische Konferenz für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik
- NATO Parlamentarische Versammlung

 /GeroldOttenAfD

 @gerold\_otten

 /gerold.otten

Web: [www.mdb-otten.de](http://www.mdb-otten.de)

 /t.me/MdB\_Otten

## Kein weiteres Geld für fremde Kriege

Der Krieg in der Ukraine geht mittlerweile ins zweite Jahr. Die vom Westen mit Milliarden finanzierte ukrainische Gegenoffensive zur Befreiung besetzter Gebiete hat ihr Ziel verfehlt. Es bröckelt an allen Fronten. Deutschland ist der größte militärische Geldgeber der Ukraine in Europa und steht mittlerweile hinter den USA an zweiter Stelle. Während sich in den USA Unmut regt, noch mehr Geld für fremde Kriege auszugeben, will die Bundesregierung trotz knapper Kassen im kommenden Jahr die Militärhilfen von 4 auf 8 Milliarden Euro verdoppeln und sogar für Zahlungsausfälle anderer Länder einspringen. Und das wieder einmal zu Lasten der Bundeswehr.

Der für die Ertüchtigung der deutschen Streitkräfte gedachte Sondertopf soll für den Ersatz des an die Ukraine abgegebenen Materials geplündert werden. Außerdem sollen weitere soziale Leistungen in Höhe von 6 Milliarden Euro ohne Bedürfnisprüfung an ca. 700.000 Ukrainer in Deutschland fließen und Milliarden in den Wiederaufbau des Landes. Damit nicht genug. Die realitätsferne Politikerelite in Brüssel hat als Trost für die Rückschläge der Ukraine auf dem Schlachtfeld den Weg frei gemacht für einen schnellen EU-Beitritt, der nach Schätzung des Instituts der Deutschen Wirtschaft auf 130 bis 190 Milliarden Euro Mehrkosten für den EU-

Haushalt zu beziffern ist. In einer Kamikaze-Aktion hat ausgerechnet Olaf Scholz als Kanzler des Hauptzahlers Deutschland mit einem eigens ausgedachten Verfahrenstrick den EU-Abstimmungsmechanismus ausgehebelt und zusammen mit der Kommissionspräsidentin, Ursula von der Leyen, den Widerstand des ungarischen Staatspräsidenten Viktor Orbán mit Geld zugeschüttet.

Und als gäbe es kein Morgen soll das noch ärmere Land Moldau gleich mit in den Kreis der Zahlungsempfänger aufgenommen werden. Die Sorgen und Nöte der eigenen Bürger sind den Ampel-Koalitionären dabei egal. Anstatt bei den üppigen Transferleistungen oder den Klimafantastereien zu sparen, sollen wieder einmal die mittleren und kleinen Einkommen durch höhere Preise bei Öl, Gas und Strom die Zeche zahlen, die von der Regierung durch Missachtung der Haushaltsgesetze selbst eingebrockt wurde. Mit seinem Wunschdenken, auf EU-Ebene einen Teil der von Deutschland an die Ukraine geleisteten Zahlungen angerechnet zu bekommen, beißt der Kanzler bei allen anderen Mitgliedsstaaten erwartungsgemäß auf Granit. Deshalb wird er die schon angekündigte Haushaltsnotlage „Ukrainehilfen“ auch 2024 zum Auftürmen weiterer Schulden nutzen.

## Kirchenasyl im Endstadium angekommen – Gibt es das überhaupt?

Zur Weihnachtszeit gehen viele Familien dann doch einmal in eine Kirche. Zu dem allgemeinen Mitgliederschwund der großen Konfessionen in Deutschland führte aber, reden wir nicht drum herum, gerade das erratische Verhalten vom Erzbischof bis zur Kirchengruppe in gesellschaftlichen Fragen. Man könnte ein Buch darüber schreiben, aber besonders als Beispiel kann das sog. Kirchenasyl dienen. Gleich vorweg natürlich die Feststellung, dass es eine eigene rechtliche Kategorie „Kirchenasyl“ nicht (mehr) gibt. Was steckt also dahinter, wenn ganz plötzlich muslimische Familien in einer Kirche, ggf. Autostunden von ihrer Unterkunft weg, abschiebefeste Logie erhalten?

rechtliche Neuschöpfung des Kirchenasyls. Dieses erfreut sich aber de facto immer größerer Beliebtheit und auch bei Fällen „nur“ im vierstelligen Bereich zeigt sich die Bereitschaft, Recht zu brechen, wenn es „der guten Sache dient“ wie in einem Brennglas. Sollte die Ampel wirklich dazu übergehen, symbolisch etwas mehr und nachhaltiger abzuschieben, dürfte sich das Verschanzen in Kirchengemeinden signifikant erhöhen. So in Schwerin, wo die Polizei eine afghanische Familie mit Räumkommando und Kettensäge aus dem Asyl holen musste. Die Gemeinde ließ es eskalieren, vertraute wohl auf das deutsche Einknicken. Dieses Mal lief es anders.

In erster Linie das Hauptproblem in diesem Land: Passives Schulterzucken. Hat man sich erst einmal mühsam zu einem Abschiebetitel durchgerungen, dann bricht vielen Behörden eine laut zeternde Pfarrgemeinde mit den üblichen „Flüchtlingsräten“ im Schlepptau das neu entdeckte Rückgrat schnell wieder. Man akzeptiert den rechtswidrigen Zustand. Davon ermutigt wird dann sogar weiterhin Geld gefordert. Die knausrige Pfarrgemeinde klagt mit den Asylanten gegen den bösen Staat. Volle Sozialleistungen gefälligst, auch aus einem anderen Bundesland. Dies immerhin wurde von Landessozialgericht Niedersachsen kürzlich verworfen. Keine

Dass es weder aus Art. 4 GG oder Art. 16a GG eine Rechtfertigung für Kirchenasyl gibt, und sich Helfer sogar strafbar machen, muss betont werden. Ebenfalls dürfen Behördenmitarbeiter, die die Flinte ins Korn werfen, nicht ungestraft davonkommen. Anträge gegen behördliche Richtlinien sowie ggf. Gesetzentwürfe sind in Arbeit.

### Tobias Peterka, MdB stellv. Landesgruppenchef

Wahlkreis 237: Bayreuth

#### Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

Ordentliches Mitglied

- Unterausschuss Europarecht
- Rechtsausschuss

Stellvertretendes Mitglied

- Ausschuss für Arbeit und Soziales
- Wahlausschuss

 /tobiasmpeterka  tobias.peterka@bundestag.de

 /tobiaspeterka

## „Ihre Emotionen nützen den Weidetierhaltern gar nichts!“

In der vergangenen Woche hatte ich die Möglichkeit Fragen an unseren Landwirtschaftsminister Özdemir im Plenum zu stellen. Wir verzeichnen momentan in Deutschland über 4000 Nutztierrisse. Der Wolf unterliegt in der Flora-Fauna-Habitat -Richtlinie immer noch dem Anhang IV, weil sie in ganz Europa und damit auch in den jeweiligen Mitgliedsstaaten, in denen sie vorkommen, gefährdet und damit schützenswert sind. Es besteht ein direktes Tötungsverbot. Wir fordern aber eine Übernahme und damit Öffnung des Verbotes in Anhang V. Eine Gefährdung durch die Entnahme des Isegrims liegt nicht mehr vor, der Wolfsbestand ist gesichert. Er muss wieder als jagdbare Art geführt werden. Özdemir verspricht in seiner Antwort eine Erleichterung der Wolfsentnahme und versucht die Tierhalter durch übertriebene Emotionen zu besänftigen. Das eigens eingerichtete Bundeszentrum für Weidetiere und Wolf (BWW) hat seine Arbeit verfehlt, neun Verbände haben bereits hingeschmissen (u.a. Deutscher Bauernverband, der Deutsche Jagdverband, der Bundesverband Rind/ Schwein, Landesschafzuchtverbände und weitere). Wesentliche Themen rund um die Probleme der Weidetierhalter mit dem Wolf wurden nicht aufgegriffen, die Realität ignoriert. Unberücksichtigt bleibt, dass die Koexistenz von Wolf und Wei-

detierhaltung nicht allein mit Herdenschutzmaßnahmen zu erreichen ist. Eine Überarbeitung des Rissbegutachtungsverfahrens muss überdacht werden. Die Festlegung von nicht zäunbaren Gebieten mit hohem Grünlandanteil und hoher Weidetierdichte, ohne Ansiedlung von Wolfsrudeln, wäre ein denkbarer Weg.

### Wieder Bauernproteste im Regierungsviertel

Von allen Ecken Deutschlands sind in dieser Woche unsere Bauern angereist, um ihre Stimme zu erheben. Ganze Straßenzüge rund um das Regierungsviertel haben unsere Landwirte mit ihren Traktoren blockiert – zurecht! Die von der Ampelregierung geplante Streichung der Agrardieselvergütung sowie der Kfz-Steuerbefreiung sind ein Schlag ins Gesicht derer, die jeden Tag dafür sorgen, dass Essen auf unserem Tisch landet. Unsere Bauern sollen jetzt die Zeche zahlen, für das Vollversagen der Ampelregierung. Die AfD steht vollständig hinter den Bauernprotesten. Es ist höchste Zeit, dass die Ampel ihren Platz räumt und aufhört den Leistungsträgern in diesem Land das Leben schwer zu machen.

## Peter Felser, MdB

Wahlkreis 256: Oberallgäu

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

Ordentliches Mitglied

• Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft

Stellv. Mitglied

• Verteidigungsausschuss

Stellv. Vorsitzender Deutsch- Chinesische Parlamentariergruppe

Forst- und Jagdpolitischer Sprecher der AfD- Bundestagsfraktion

 [peter.felser@bundestag.de](mailto:peter.felser@bundestag.de)

 [@peter\\_felser](https://www.instagram.com/peter_felser)

 [@PeterFelser](https://twitter.com/PeterFelser)

 [@peterfelser\\_mdb](https://www.tiktok.com/@peterfelser_mdb)

 [/peterfelserafd](https://www.facebook.com/peterfelserafd)

 [www.peterfelser.de](http://www.peterfelser.de)

**Gefällt Ihnen unser  
Rundbrief?**

Wir freuen uns über Ihr Feedback unter:  
[landesgruppe@afdbayern.de](mailto:landesgruppe@afdbayern.de)



**Politik für Deutschland  
AfD Bayern im Bundestag**